



Stadt Laufenburg (Baden)

Beginn der Sitzung 19:01 Uhr

Ende der Sitzung: 21:49 Uhr

Protokoll

über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderates vom Montag, 23. Februar 2015

=====

Tagungsort: Rathaus Laufenburg (Baden), Ratssaal

Anwesend: Bürgermeister Ulrich Krieger (Vorsitzender)
15 Mitglieder des Gemeinderates
Entschuldigt: Stadtrat Sascha Komposch
Stadtrat Frank Dittmar
Stadträtin Gabriele Schäuble

Vertreter der Verwaltung: Frau Andrea Tröndle, Stadtkämmerin
Herr Theo Merz, Stadtbaumeister
Herr Clemens Heide, Büro Heide Planung zu TOP 2
Herr Andreas Senn, Büro Tillig zu TOP 3
Herr. Dr. Markus Fritschi, NAGRA zu TOP 5
Fr. Dr. Monika Jost, Bundesamt für Energie (BFE) zu TOP 5

Schriftführer: Herr Michael Henninger

=====

Der Vorsitzende stellt zu Beginn der Sitzung fest, dass ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates gegeben ist. Er bittet die Mitglieder des Gemeinderates bei Vorliegen einer Befangenheit, diese entsprechend anzuzeigen.

1. Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger

Keine Wortmeldungen

2. Neubau Feuerwehrgerätehaus 2.1 Vergabe der Lüftungsinstallationsarbeiten

Sachstand:

Die Lüftungsinstallationsarbeiten für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Gewerbegebiet „Neumatt“ wurden gemäß dem Beschluss des Gemeinderates vom 20.10.2014 im Dezember 2014 öffentlich ausgeschrieben.

Da kein Angebot eingereicht wurde, war die öffentliche Ausschreibung erfolglos. Die VOB/B sieht in diesem Fall vor, die Arbeiten beschränkt auszuschreiben. Entsprechend wurde verfahren. 3 Fachfirmen wurden zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Vergabeart: Beschränkte Ausschreibung nach VOB/A.

Bauleistung:

- 2 Lüftungsgeräte
- 1 Kanal- und 1 Dachventilator mit Zubehör
- 34 m² Luftkanal und 435 m Spiralfalzrohr mit Formteilen
- 51 Lüftungsgitter
- 14 Brandschutzklappen
- 8 Schalldämpfer
- Inbetriebnahme

Kostenberechnung: In der Kostenberechnung nach DIN 276 vom 21.10.2014 wurden für die Lüftungsinstallationsarbeiten Bruttokosten in Höhe von 65.000,00 € veranschlagt.

Submission: Zur Submission am 11.02.2015 lagen 3 Angebote vor. Alle eingegangenen Angebote wurden gewertet.

Vergabevorschlag: Die Firma Tröndle Haustechnik aus Waldshut-Tiengen hat das wirtschaftlichste Angebot mit einer Bruttoangebotssumme von 59.140,23 € eingereicht. Der Gemeinderat erhält als Anlage das Ergebnis der Angebotsprüfung zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt auf Grundlage der VOB/B die Firma Tröndle Haustechnik aus Waldshut-Tiengen mit der Ausführung der Lüftungsinstallationsarbeiten für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Gewerbegebiet „Neumatt“. Die Bruttoauftragssumme beträgt 59.140,23 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

2.2 Vergabe der Installation der Abgasabsauganlage

Sachstand:

Die Arbeiten für die Installation einer Abgasabsauganlage für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Gewerbegebiet „Neumatt“ wurden gemäß dem Beschluss des Gemeinderates vom 20.10.2014 Angebote angefordert.

Vergabeart: Freihändige Vergabe nach VOB/A.

Bauleistung:

- Vollautomatische Abgasabsauganlage für 8 Stellplätze und einen Waschplatz, ausgelegt für eine Fahrstrecke von 4-11 Metern.
- Anlage komplett mit Absaugschlauch, Luftkanalsystem aus verzinktem Spiralfalzrohr und Ventilator.
- Regelung über Drucksensoren an den Auspuffanlagen der Fahrzeuge.
- Inbetriebnahme und Abnahme der Anlage.

Kostenberechnung: In der Kostenberechnung nach DIN 276 vom 21.10.2014 wurden für die Installation der Abgasabsauganlage Bruttokosten in Höhe von 33.915,00 € veranschlagt.

Angebote: 3 Angebote wurden eingereicht. Alle eingegangenen Angebote wurden gewertet.

Vergabevorschlag: Die Firma Plymovent GmbH aus Troisdorf hat das wirtschaftlichste Angebot mit einer Bruttoangebotssumme von 32.220,94 € eingereicht.
Der Gemeinderat erhält als Anlage das Ergebnis der Angebotsprüfung zur Kenntnis.

Diskussion:

Stadtrat Bernhard Gerteis erkundigt sich, ob die Baugenehmigung bereits erteilt wurde.

Bürgermeister Ulrich Krieger berichtet, dass die Baugenehmigung für das Feuerwehrgerätehaus am heutigen Tag bei der Stadtverwaltung eingegangen sei und bereits ein Teilfreigabeschein beinhalte.

Stadtbaumeister Theo Merz ergänzt, dass lediglich die Statik für das Gebäude noch nicht geprüft sei und dies noch zu erfolgen habe, bevor der Gesamtaufreigabeschein erfolgen kann.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt auf Grundlage der VOB/B die Firma Plymovent GmbH aus Troisdorf mit der Ausführung der Installation einer Abgasabsauganlage für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Gewerbegebiet „Neumatt“. Die Bruttoauftragssumme beträgt 32.220,94 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

3. Gewerbegebiet „Neumatt“ - Vergabe der Tiefbauarbeiten für die Erschließung

Sachstand:

Die erforderlichen Tiefbauarbeiten für die Erschließung des Gewerbegebietes „Neumatt“ wurden ausgeschrieben. Der Ausschreibungsbeschluss wurde in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 10.12.2014 gefasst.

Ausschreibung: Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A.

Bauleistung:

Kanalisation und Wasser:

- ca. 890 m³ Rohrgrabenaushub/Bodenaustausch
- ca. 550 m Kanalrohre DN 200/250
- 11 Stück Schächte, Drosselschächte
- ca. 410 m Wasserleitung GGG DN 100
- Durchpressungsarbeiten, Löschwasserversorgung

Straßenbau:

- ca. 760 m³ Frostschutzkies
- ca. 1.550 m² Asphaltdeck-, -trag- und Binderschicht
- ca. 330 m Randeinfassungen
- Fahrbahnmarkierung, Beschilderung, Gewässerrenaturierung

Kostenberechnung: In der Kostenberechnung vom 04.12.2014 wurden für die ausgeschriebenen Tiefbauarbeiten Bruttokosten in Höhe von 556.670,71 € veranschlagt.

Submission: Zur Submission am 09.02.2015 lagen 4 Angebote vor.
Alle Angebote wurden gewertet.

Vergabevorschlag: Die Firma Weber-Bau GmbH aus Laufenburg (Baden) hat mit einer Bruttoangebotssumme von 568.955,76 € das wirtschaftlichste Angebot eingereicht.
Der Gemeinderat erhält als Anlage das Ergebnis der Angebotsprüfung zur Kenntnis.

Diskussion:

Stadtrat Bernhard Gerteis erkundigt sich danach, welche Punkte durch diese Vergabe nicht eingeschlossen sind.

Herr Senn erklärt, dass die Begrünungen, die gemäß Bebauungsplan vorgesehen sind, die Leuchtmittel der Straßenbeleuchtung, die Leistungen der Fremdanbieter (wie Gas, Strom, Breitband und Telefon) die Nebenkosten und ggf. die Beschilderungsänderung nicht in den Kosten enthalten sind.

Beschluss:

Die Firma Weber-Bau GmbH aus 79725 Laufenburg (Baden) wird mit den Tiefbauarbeiten für die Erschließung des Gewerbegebietes „Neumatt“ auf Grundlage der VOB/B mit einer Bruttoangebotssumme von 568.955,76 € beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Nach TOP 3 erklärt Bürgermeister Ulrich Krieger, da es sich beim Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Laufenburg um ein besonders großes Bauvorhaben handelt, möchte er den Bau mit zwei Anlässen feierlich begehen. Er beabsichtige, die Erschließung des Baugebietes mit einem Spatenstich zu beginnen und den eigentlichen Bau des Feuerwehrgerätehauses mit einer Grundsteinlegung zu feiern. Der Spatenstich für die Erschließung soll am 27.03.2015 stattfinden.

Aus dem Gremium regt sich für dieses Vorgehen Zuspruch.

4. Bauliche Unterhaltung der Gemeindestraßen der Stadt Laufenburg (Baden) in 2015 - Ausschreibungsbeschluss für Straßensanierungen

Sachstand:

Wie in den vergangenen Haushaltsjahren stehen auch in diesem Jahr verschiedene Maßnahmen im Bereich der Unterhaltung der Gemeinde- und Gemeindeverbindungsstraßen im Stadtgebiet Laufenburg (Baden) an. Haushaltstechnisch stehen hierfür insgesamt 250.000,00 € zur Verfügung. Diese Mittel ergeben sich aus den Haushaltsansätzen für die Ortsstraßen mit 150.000,00 € sowie für die Gemeindeverbindungsstraßen mit 100.000,00 €. Daneben besteht ein Restmittel aus Vorjahren für den Wegebau in Stadenhausen im Zuge der Flurbereinigung in Höhe von 100.000,00 €, der in den Haushalt 2015 übertragen werden kann (siehe Anlage 2). Bereits mit Gemeinderatsbeschluss vom 03.06.2013 waren diese Mittel für die Straßenunterhaltung vorgesehen, wurden dann jedoch nicht benötigt.

Die Schadstellen einschließlich der geschätzten Instandsetzungskosten sind in der beigefügten Übersichtskarte dargestellt (siehe Anlage 1).

Konzept:

Im Bereich der städtischen Straßenunterhaltung sollen wie in den vergangenen Jahren verschiedene Maßnahmen durchgeführt werden:

- Punktuelle Reparaturen

Kleinflächige Schadstellen im Straßenbelag werden von einer Fachfirma mittels Heißasphalt ausgebessert.

- Schlaglöcher

Die Ausbesserung von Schlaglöchern erfolgt regelmäßig durch die Technischen Betriebe Laufenburg mittels Gussasphalt.

- Straßenentwässerung

Das Freihalten der Entwässerungseinrichtungen (Gräben, Ableitungen etc.) erfolgt nach Bedarf durch die Technischen Betriebe und durch Fachfirmen.

- Rissesanierung

Die Sanierung erfolgt durch Fachfirmen. Wie bereits in den vergangenen Jahren im Stadtteil Binzgen und in der Kernstadt praktiziert, sollen auch im Jahr 2015 in verschiedenen Straßenzügen Rissesanierungen durchgeführt werden.

- Großflächige Sanierungen

Die Entscheidung über großflächige Straßensanierungen ist im Geschäftsbereich des Gemeinderates angeordnet und ist heute Gegenstand des Tagesordnungspunktes. Aus den 9 vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen sind, in Abstimmung auf die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, die in 2015 auszuführenden Sanierungen festzulegen.

Seitens der Verwaltung werden hinsichtlich der Durchführung von großflächigen Straßensanierungen folgende Straßenzüge vorgeschlagen:

1. Ortsverbindungsstraße Hochsal-Schachen:

- Ausbau der vorhandenen Beläge, Erneuerung Frostschuttschicht, Einbau Trag- und Deckschicht
- Herstellung der Straßenbankette, teilweise mit Rasengittersteinen
- Mitverlegung Leerrohr DN 100 für spätere Nutzung zur Breitbanderschließung

2. Waidweg, Grunholz:

- Ausbau der vorhandenen Beläge, Erneuerung Frostschuttschicht, Einbau Trag- und Deckschicht
- Teilweise Herstellung der Oberflächenwasserableitung
- Teilweise Herstellung der Straßenbankette

3. Dorfzelgstraße, Luttingen:

- Abfräsen der vorhandenen Decke und Einbau einer neuen Asphaltdeckschicht
- Anpassung der vorhandenen Einbauteile

Diskussion:

Bürgermeister Ulrich Krieger führt in das Thema ein und erläutert die Sitzungsvorlage und die Beweggründe für den Verwaltungsvorschlag.

Stadtrat Gerhard Tröndle begrüßt den Vorschlag zur Sanierung der Strecke Hochsal-Schachen. Er spricht sich dafür aus, Begegnungsverkehr besser zu ermöglichen und den zweiten Abschnitt in Richtung Schachen im Folgejahr ebenfalls in Angriff zu nehmen. Dies sollte in Absprache mit der Gemeinde Albruck erfolgen.

Bürgermeister Ulrich Krieger erklärt, dass auch im Jahr 2016 erneut der Gemeinderat über die großflächigen Sanierungen entscheiden werde.

Stadtrat Manfred Ebner erachtet 130.000,00 € Kosten für die Sanierung des Waidweges auch für den Bürger nicht vermittelbar. Beim Waidweg handle es sich fast um einen Privatweg. Im Vergleich dazu sei in Grunholz der Dornhag viel mehr durch Nutzer befahren.

Bürgermeister Ulrich Krieger erklärt, dass es sich beim Waidweg nicht um eine Privatstraße handle, sondern um eine Gemeindeverbindungsstraße und somit die Stadt Laufenburg (Baden) in der Verantwortung stünde. Die Straße sei in einem desolaten Zustand. Der Unterbau der Straße sei nicht mehr vorhanden.

Durch die Anlage der Bogenschützen sowie des Pferdehofes herrsche ebenfalls reger Verkehr auf dem Waidweg. Dieser Verkehr würde ansonsten über die Luise-Bauer-Straße gehen. Der Waidweg entlaste damit die Anwohner der Luise-Bauer-Straße.

Hinsichtlich der Straße Dornhag erläutert Bürgermeister Ulrich Krieger, dass dies eher eine Investition sei und dort ein Vollausbau der Straße notwendig werde. Er weist auf die Übersicht der sanierungsbedürftigen Straßen in Laufenburg (Baden) hin und dass bei den Investitionen die Priorität bei der Hännerstraße liege.

Stadtbaumeister Theo Merz ergänzt, dass der Dornhag analog wie die Zimmermannstraße vom Kostenvolumen her zu sehen ist. Insofern handle es sich um eine Investition, die damit nicht in den Unterhaltungsaufwand zu verbuchen sei.

Der Waidweg wurde begutachtet und es habe sich gezeigt, dass kein Unterbau vorhanden ist und damit dieser Ausbau wie vorgeschlagen erforderlich wird.

Stadtrat Bernhard Gerteis weist darauf hin, dass eine zweite Halle am Waidweg gebaut wurde deren Wasser auf den Weg läuft, dies dürfe nicht sein und eine Entwässerung ist erforderlich.

Hinsichtlich der Dorfzelgstraße weist Stadtrat Bernhard Gerteis darauf hin, dass der jetzige Zustand aufgrund eines Baumangels beruht, da der Schacht zu hoch angelegt wurde.

Des Weiteren erkundigt er sich nach den Haushaltsresten aus dem Jahr 2014 und möchte wissen, was dort übrig geblieben ist.

Stadtrat Bernhard Gerteis interessiert sich auch für das Ausschreibungsergebnis der Straßensanierung aus dem Jahr 2014. Nach seiner Ansicht wurde dies dem Gemeinderat nicht mitgeteilt.

Beim Wegebau Stadenhausen muss aus Sicht von Stadtrat Bernhard Gerteis der Rheinuferweg noch gemacht werden.

Hinsichtlich der Rissesanierung in Laufenburg (Baden) ist Stadtrat Bernhard Gerteis aufgefallen, dass bspw. beim Rheinblick bei Wasseranschlüssen und Straßenaufrissen sich wieder Risse im Asphalt bilden, da oftmals das Bitumenband fehlt.

Bürgermeister Ulrich Krieger antwortet, dass der Ansatz der Straßensanierung im Jahr 2014 aufgebraucht wurde und somit keine Haushaltsreste vorhanden sind. Das Ausschreibungsergebnis werde er dem Gemeinderat gerne noch mitteilen. In Bezug auf Tiefbaumaßnahmen und Rissesanierungen der Stadt Laufenburg (Baden) erklärt Bürgermeister Ulrich Krieger, dass diese kontrolliert und abgenommen werden.

Anschließend ergänzt Stadtbaumeister Theo Merz wie die Praxis bei städtischen Vergaben abläuft und wie diese verläuft, wenn fremde Versorgungsträger dies übernehmen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, das im Konzept vorgestellte Programm für die Straßenunterhaltung 2015 durchzuführen.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die großflächige Straßensanierung auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

5. Bau eines Atomendlagers in der Schweiz - Bericht über den 2 x 2 Vorschlag der NAGRA

Anlage 1 → PowerPoint-Präsentation Jura Ost

Anlage 2 → PowerPoint-Präsentation BFE

Anlage 3 → PowerPoint-Präsentation NAGRA

Sachstand:

Der Schweizer Bundesrat hat im April 2008 den Sachplan „Geologisches Tiefenlager“ verabschiedet. Darin ist festgelegt, wie in der Schweiz Standorte für geologische Tiefenlager radioaktiver Abfälle ausgewählt werden. Die Standortwahl erfolgt in 3 Etappen. Ziel ist es, je einen Lagerstandort für hochradioaktiven Abfall (HAA) bzw. für schwach- bis mittelaktiven Abfall (SMA) oder einen gemeinsamen Standort für beide Lager-typen auszuwählen.

Das Schweizerische Bundesamt für Energie (BFE) leitet das Sachplanverfahren. Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) ist Antragsteller und damit Bauherr des geplanten Atomendlagers.

In der bereits abgeschlossenen Etappe 1 des Sachplanverfahrens wurden ausgehend von einer „weißen Karte Schweiz“ 6 geologische Gebiete ermittelt, die sich aus sicherheitstechnischer Sicht für ein Tiefenlager eignen. Dies sind Jura Ost (Bözberg), Zürich Nord-Ost, Nördlich Lägern, Südranden, Jura-Südfuss und Wellenberg. Auf die beiliegende Karte (Anlage 1) wird verwiesen.

Im Jahr 2011 entschied der Schweizerische Bundesrat, alle 6 Standortgebiete in das weitere Verfahren aufzunehmen. Damit wurde die Etappe 2 des Sachplanverfahrens gestartet.

In Etappe 2 hat die NAGRA bis 2014 in jeder der 6 Standortregionen mindestens 1 Standortareal für die Oberflächenanlage eines Atomendlagers bezeichnet. Das Standortareal für die Oberflächenanlage im Standortgebiet Jura Ost (Bözberg) liegt in der Gemeinde Villigen in der Nähe des Paul-Scherrer-Instituts (PSI) und des zentralen Zwischenlagers (Zwilag). Auf die beiliegende Karte (Anlage 2) wird verwiesen.

Weiter hat die NAGRA in Etappe 2 die geologischen Standorte miteinander verglichen. Vorgabe des Bundes war es, dass die NAGRA für das HAA-Lager bzw. das SMA-Lager mindestens je zwei Standortgebiete vorschlägt, die für Etappe 3 vertieft untersucht werden sollen. Die Vorschläge der NAGRA wurden am 30.01.2015 veröffentlicht. Die NAGRA schlägt vor, die Standortgebiete Zürich Nord-Ost (Benken) und Jura Ost (Bözberg) für Etappe 3 weiter zu untersuchen. Beide Gebiete eignen sich nach Einschätzung der NAGRA sowohl für ein HAA- als auch ein SMA-Lager. Beide Standorte kommen auch für ein Kombilager in Frage. Die übrigen 4 Standortgebiete sollen laut NAGRA zurückgestellt werden.

Im nächsten Schritt sollen die Fachbehörden die eingereichten Vorschläge der NAGRA nun überprüfen. Voraussichtlich 2017 entscheidet der Bundesrat über die Vorschläge.

Für Etappe 3 wird die NAGRA in den vorgeschlagenen Standortgebieten Jura Ost (Bözberg) und Zürich Nord-Ost vertiefte Untersuchungen durchführen. Aufgrund deren Ergebnisse wird die NAGRA etwa 2020 eine provisorische Standortwahl treffen und ein oder zwei Rahmenbewilligungsgesuche einreichen. Nach einer erneuten Überprüfung wird der Bundesrat frühestens 2027 eine Entscheidung dem Schweizer Parlament zur Genehmigung vorlegen. Die Entscheidung untersteht dem fakultativen Referendum des Schweizer Volkes.

Die einzelnen Regionen werden über eine Partizipation mit eingebunden. Die sogenannten Regionalkonferenzen haben allerdings keine Entscheidungsbefugnis. Für den Bereich Bözberg (Jura Ost) wurden die vier deutschen Städte und Gemeinden Bad Säckingen, Murg, Albruck und Laufenburg (Baden) als betroffen anerkannt. Sie entsenden deshalb Vertreter in die Regionalkonferenz. Folgende Laufenburger Bürger wurden in das Gremium entsendet: Heiko Dobler, Hans-Eugen Tritschler, Gerhard Königer und Bürgermeister Ulrich Krieger.

Der mögliche Bau eines Atomendlagers im Bözberg hat für Laufenburg (Baden) und die Region erhebliche (negative) Auswirkungen. Aus diesem Grund wurde die NAGRA in die Sitzung des Gemeinderates eingeladen mit der Bitte um Berichterstattung, weshalb das Standortgebiet Jura Ost vorgeschlagen wurde. Von der

NAGRA wird Herr Markus Fritschi, Mitglied der Geschäftsleitung, anwesend sein und nach seinem Vortrag für Fragen zur Verfügung stehen.

Diskussion:

Bürgermeister Ulrich Krieger führt in das Thema ein und erläutert Anhand einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage 1) die Systematik zum Entscheid über ein Atomendlager in der Schweiz. Ebenso stellt er die Arbeit der Regionalkonferenz Jura Ost vor.

Anschließend erläutert Frau Dr. Monika Jost anhand einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage 2), das Prozedere des Bundesamtes für Energie (BFE) zur Prüfung der Standorte.

Daraufhin erläutert Herr Dr. Markus Fritschi von der NAGRA anhand einer weiteren PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage 3), den Vorschlag der Nagra, die Standortsuche auf die beiden Standortgebiete Jura Ost und Zürich Nordost (Baden) einzugrenzen.

Im Anschluss an die Präsentationen erfolgt die Fragerunde, die durch Bürgermeister Ulrich Krieger dahingehend eröffnet wird, dass er bei Herrn Dr. Fritschi nachfragt, ob er richtig verstanden habe, dass alle Standorte grundsätzlich als geeignet eingestuft worden sind. Er frage sich dann wiederum bspw. bei Nördlich Lägern ob aufgrund der Tiefe des Wirtgesteins nach den Ausführungen von Herrn Dr. Fritschi ein Lager technisch nicht gebaut werden könne und ob die Einschätzung der Nagra doch nicht korrekt sei. Sollte allerdings Zürich Nord-Ost und Jura Ost bei weiteren Untersuchungen doch noch ausscheiden, dann müsste man dieses fast nicht lösbare Problem doch in den Griff kriegen.

Herr Dr. Fritschi antwortet, dass in allen sechs Regionen Tiefenlager grundsätzlich möglich sind. Jedoch in Jura Ost und Zürich Nord-Ost würde man die besten Voraussetzungen antreffen.

Bürgermeister Ulrich Krieger erkundigt sich des Weiteren danach, dass ja aus der Region Jura Ost verschiedene Nachteile bekannt seien (Oberflächenanlage ist ungünstig, Störungen sind bekannt), dies sei bspw. bei anderen Standorten nicht so gravierend. Trotzdem sei Jura Ost bei der Endauswahl mit dabei. Insofern könne es sein, dass diese anderen Standorte evtl. etwas vorschnell ausgeschieden sind.

Herr Dr. Fritschi antwortet, dass der Opalinuston an manchen Standorten weniger ausgeprägt vorhanden ist. Dies sei insofern ein offensichtlicher Nachteil, der in der Begutachtung zum bekannten Ergebnis geführt habe. Der Zugangstunnel in Jura Ost liege zwar außerhalb des Planungssperimeters, allerdings führe der Weg in das Tiefenlager von der Oberflächenanlage vollständig durch den Opalinuston.

Stadtrat Paul Eichmann ist der Auffassung, dass unsere Region in einer seismischen Störzone liegt und immer wieder Erdbeben ausgesetzt ist. Dies mache ihm Sorgen hinsichtlich des Endlagers.

Herr Dr. Fritschi erklärt hinsichtlich der Erdbeben, dass diese durch Spannungen in der Erde entstehen und wieder abgebaut werden. Dies geschehe jedoch an den im Vortrag erklärten Schwächezonen. Das Tiefenlager kommt nicht in diese Schwächezone und wird keinen Scherbewegungen ausgesetzt sein. Das Lager in der Erde sei deshalb bei Erdbeben sicher.

Stadtrat Robert Terbeck weist hinsichtlich der Sondierungsbohrungen auf mögliche erhöhte Erdbebenwahrscheinlichkeiten hin, die dadurch ausgelöst werden. Des Weiteren interessiert ihn hinsichtlich der Grundwasserströme, ob das Grundwasser auch auf deutscher Seite durch mögliche Bohrungen oder das Tiefenlager verändert werden können. Zudem sieht er das Oberflächenlager als weiteres Zwischenlager als schlecht an. Schlussendlich erachtet er ein Ende der Stromversorgung über AKWs als unumgänglich, um die unendliche Geschichte mit Atommüll beenden zu können, da andernfalls die Kapazität des Lagers stetig erhöht werden müsste.

Herr Dr. Fritschi antwortet, dass es sich bei den Sondierungsbohrungen nicht um das sog. Fracking handle, sondern um technisch weniger intensive Bohrungen, die nicht die Gefahr bergen, dass dadurch Erdbeben indiziert werden. Hinsichtlich des Grundwassers weist Herr Dr. Fritschi darauf hin, dass der Opalinuston eine undurchlässige Schicht darstellt.

Zudem werden auch Vorspülungen nach den Sondierungsbohrungen erfolgen. Herr Dr. Fritschi weist auch darauf hin, dass kein neues Zwischenlager an der Oberfläche beim Oberflächenstandort entsteht, sondern die Lieferung der Atomabfälle „Just in time“ erfolge, um dann in das Tiefenlager eingelassen zu werden. Hinsichtlich der Oberflächenanlage erkundigt sich Bürgermeister Ulrich Krieger was passiere, wenn ein Flugzeug auf diese „heiße Zelle“ falle. Dann werde Radioaktivität freigesetzt die ggf. in die Aare und damit in den Rhein fließen.

Herr Dr. Fritschi antwortet, dass der Transportbehälter (Castorbehälter) gegen einen Flugzeugabsturz gesichert sei. Bei Öffnungen des Behälters, die bei der Einlagerung in das Endlager erforderlich wird, ist die Sicherung nicht mehr gegeben. Daher muss diese Sicherung von dem Gebäude, in dem die Öffnung des Castorbehälters erfolgt, diese Schutzfunktion erneut übernehmen. Der Bau dieses Gebäudes soll ggf. im Jahr 2050 beginnen.

Herr Dr. Fritschi möchte darauf hinweisen, dass ein Atomkraftwerk und die Oberflächenanlagen jedoch unterschiedliche Sicherheitsrisiken bergen. Ein Atomkraftwerk sei deutlich gefährlicher.

Frau Dr. Jost ergänzt hinsichtlich des Gewässerschutzes, dass auch in der Schweiz alle Gesetze bei einer solchen Genehmigung für ein Atomendlager eingehalten werden müssen.

Stadtrat Jürgen Weber erkundigt sich, ob die zu gewährleistende Rückholbarkeit bei der Standortwahl eine Rolle spielt und des Weiteren möchte er wissen, ob kein weiteres Atomkraftwerk mehr neu gebaut werde.

Frau Dr. Jost erklärt, dass die erleichterte Rückholbarkeit nur in der Phase bis zum endgültigen Verschluss des Endlagers gewährleistet sein muss. Danach sei dies über eine normale Rückholung mittels erneutem Zugangstollen zu gewährleisten. Hinsichtlich der Planungen neuer AKW's erklärt Frau Dr. Jost, dass nach heutigem Stand keine weiteren mehr gebaut werden sollen, jedoch auch in Zukunft weitere radioaktive Abfälle aus Medizin und Forschung anfallen werden.

Stadtrat Paul Eichmann stört, dass die deutschen Bürgerinnen und Bürger keine wirksame Einspruchsmöglichkeit hätten.

Frau Dr. Jost stimmt dem zu, ergänzt jedoch, dass auch die Schweizer dies nicht haben, da letzten Endes der Schweizer Bundesrat den Standort mittels Rahmenbewilligung festlegen werde.

Stadträtin Maria Theresia Rist erkundigt sich warum sich die massiven Alpen nicht als Standort eignen.

Herr Dr. Fritschi erklärt, dass die Kontinentalplatten von Afrika und Europa dort aufeinander driften. Dies bewirke, dass sich die Platten nach oben bzw. unten heben und senken und dadurch die Alpen um ca. zwei Millimeter pro Jahr ansteigen. Dies geschehe jedoch nicht gleichmäßig so dass es Verwerfungen und Störungen gebe. Zudem ist das Tiefenlager für eine Dauer von mehreren tausend Jahren vorgesehen, sodass auch kleine Bewegungen am Ende dieser Laufzeit gravierende Folgen haben könnten.

Stadtrat Malte Thomas erkundigt sich, ob die Regionalkonferenzen verkleinert werden.

Frau Dr. Jost berichtet, dass dies in der Diskussion sei, jedoch eher als unrealistisch eingestuft werden könne.

Bürgermeister Ulrich Krieger weist darauf hin, dass es einen Vorschlag von deutscher Seite gebe, dass der Betroffenenkreis eher noch vergrößert werde, da die Wahrscheinlichkeit für den Standort Jura Ost oder Zürich Nord-Ost gestiegen sei.

Stadtrat Malte Thomas erkundigt sich nach dem idealen Standort für ein solches Tiefenlager.

Herr Dr. Fritschi antwortet auf die Frage dahingehend, in dem er von einem Projekt für ein zentrales Weltlager für Atommüll in West-Australien berichtet. Nach Bekanntgabe dieser Pläne wurde von der dortigen Regierung sofort per Gesetz ein Importverbot für Atommüll für West-Australien festgesetzt. Insgesamt erachtet er die Gesteinsgegebenheiten in der Schweiz als sehr gut und erklärt damit, dass es kein zweitklassiges Tiefenlager in der Schweiz geben werde.

Stadtrat Bernhard Gerteis spricht sich dafür aus, dass der Entscheidungsprozess eigentlich schneller gehen sollte, um eine größere Sicherheit hinsichtlich des Atommülls zu bekommen. Zudem spricht er sich dafür

aus, das atomare Zwischenlager in Würenlingen nach Süden in den Tessin zu verlagern, damit die ganze Schweiz an den Lasten des atomaren Abfalles beteiligt werde.

Frau Dr. Jost erklärt, dass nur bei Einbeziehung der Bevölkerung die Akzeptanz so vorhanden ist, dass der Standort und das Prozedere akzeptiert wird. Ein demokratischer Prozess brauche eine gewisse Zeit.

Herr Dr. Fritschi bietet an, dass sowohl das Zwischenlager Würenlingen als auch das Forschungslabor Mont Terri durch den Gemeinderat besichtigt werden können.

Bürgermeister Ulrich Krieger bedankt sich für den Vortrag von Frau Dr. Jost und Herrn Dr. Fritschi.

6. Beschlussfassung über die Annahme von Spenden

Keine Annahme von Spenden

7. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht-öffentlichen Sitzungen

Keine Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht-öffentlichen Sitzungen

8. Mitteilungen und Bekanntmachungen der Stadtverwaltung

Fasnacht

Bürgermeister Ulrich Krieger dankt allen Akteuren, die zum Gelingen der Fasnachtsveranstaltungen beigetragen haben. Insbesondere gilt sein Dank den Hilfsorganisationen, der Polizei sowie den Technischen Betrieben und dem städtischen Ordnungsamt.

9. Verschiedenes

Keine Wortmeldungen

Der Protokollführer:

Der Bürgermeister:

Der Gemeinderat